

Stimmzettel statt Sturmgewehr

Der politische Islam befindet sich auf dem Vormarsch. Während die Ideologie des jihadistischen Terrorismus durch die Aufstände in der arabischen Welt geschwächt wurde, gewinnt der moderate Islamismus, der sich von Gewalt distanziert, neue Anhänger. Aber auch diese Spielart des Islamismus ist eine Herausforderung für den Westen. Von Lorenzo Vidino

Zehn Jahre nach den Angriffen vom 11. September 2001 stimmen die meisten Experten darin überein, dass die Kaida sich auf dem absteigenden Ast befindet. Die Tötung von Usama bin Ladin und einer Reihe anderer hochrangiger Anführer sowie die Unfähigkeit des Netzwerks, in den letzten Jahren irgendwelche grösseren Anschläge durchzuführen, lassen die operationellen Probleme der Gruppe deutlich zum Vorschein treten. Noch entscheidender ist die Tatsache, dass die Ideologie, die die Kaida vor einem Jahrzehnt in die Welt getragen hat, offenbar ihren Zenit überschritten hat. Umfragen zeigen deutlich, dass sich der weit überwiegende Teil der Muslime weltweit von ihrer Brutalität, ihrem Sektierertum und ihrer Ineffizienz abgestossen fühlt. Zudem hat der arabische Frühling – der mit der Kaida weder Ideen noch Taktiken gemeinsam hat – in einigen wenigen Monaten mehr erreicht als die Kaida in zwanzig Jahren.

Weiterhin Gefahr von Anschlägen

Sicherlich wird der jihadistische Terrorismus in der allernächsten Zukunft kaum von der Bildfläche verschwinden. Kleine Gruppen von Anhängern der jihadistischen Ideologie halten sich in Indonesien genauso wie in den Vororten vieler europäischer Städte, und bestimmt wird es weitere terroristische Anschläge geben. Jihadistische Bewegungen könnten es sogar schaffen, in neu entstehenden Zonen der Instabilität Fuss zu fassen – wie dies in den letzten Jahren in unregierbaren Teilen Pakistans, Somalias, des Iraks, Jemens und des Maghreb geschehen ist.

Während der Jihadismus zwar nicht verschwunden ist, aber doch in einer ernsten Identitätskrise steckt, ist der «partizipative Islamismus» voll neuen Selbstvertrauens. In seiner gradualistischen und pragmatischen Form, in welcher der Islamismus von der Muslimbruderschaft und ihren Ablegern überall in der muslimischen Welt vertreten wird, erntet er nun offenbar die Früchte seiner vor dreissig Jahren gefällten Entscheidung, der Gewalt abzuschwören und stattdessen auf Mitbestimmung und Politik von unten zu setzen. In der Tat werden islamistische Bewegungen wahrscheinlich zu den Gewinnern des arabischen Frühlings gehören, wenn es ihnen gelingt, ihre Fähigkeit zur politischen Mobilisierung und ihre Legitimation durch die Basis einzusetzen, um Schlüsselpositionen in den jungen Demokratien der Region zu besetzen.

Vorbild Türkei

Anders als jihadistische Gruppen können partizipative islamistische Bewegungen auf breite Unterstützung in der Bevölkerung zählen und werden

wahrscheinlich eine wichtige Rolle im postautoritären politischen Alltag ihrer jeweiligen Staaten spielen, wenn auch je nach Land mit unterschiedlichen Dynamiken und Anteilen. Sie alle betrachten die Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan als Vorbild und pilgern nach Ankara, um hinter das Geheimnis ihres Erfolges zu kommen. Erdogan hat mit Erfolg den Respekt für die repräsentative Demokratie und eine effektive Wirtschaftspolitik mit einem Sozialkonservatismus und einer Aussenpolitik auf islamistischer Basis kombiniert. In der Frage, ob sich bin Ladins Vision des Islamismus oder die von Erdogan durchsetzen wird, neigt sich die Waagschale der Geschichte momentan zweifellos in Richtung Erdogan.

Das türkische Modell wird sich nicht überall mit den gleichen Eigenschaften replizieren lassen; diese Spielart der islamistisch gefärbten Demokratie stellt wohl die mildeste Variante dar. Der Islamismus dieser Partei wird einerseits gemässigt durch die tief verwurzelte säkulare Tradition des Landes und andererseits durch die starken und streng antiislamistischen Streitkräfte. Hinzu kommt die Beschaffenheit der AKP selbst, welche vor ihrem Aufstieg zur Macht eine interne Erneuerung durchlaufen hat.

Islamistische Parteien in anderen Ländern werden tendenziell extremere Positionen einnehmen, zum Beispiel die Hamas im Gazastreifen – nicht nur in ihrer Konfrontation mit Israel, sondern auch in ihrer Ausübung sozialer Kontrolle. Dennoch liegt die Zukunft des Islamismus offensichtlich vor allem in der politischen Partizipation, nicht in wahllos ausgeübter Gewalt.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass der partizipative Islam keine Herausforderung für den Westen darstellen wird. Die islamistische Ideologie bleibt selbst in ihrer moderateren Ausformung zutiefst spaltend und kontrovers und steht im Widerspruch zu fundamentalen westlichen Werten und Interessen. Im innenpolitischen Bereich gibt es berechnete Fragen hinsichtlich der Aufrichtigkeit islamistischer Parteien in ihrem Bekenntnis zur Demokratie sowie in Hinblick auf ihre Positionen zur Religionsfreiheit, zu den Rechten der Frau und zur freien Meinungsäusserung. Auf der internationalen Bühne sind Parteien, die von der Muslimbruderschaft inspiriert wurden, in den meisten Punkten auf Kollisionskurs mit den politischen Zielen des Westens in der Region, allen voran in der Schlüsselfrage Israel.

Kein Wunschdenken

Die islamistische Herausforderung des Westens wird daher in der näheren Zukunft eher mit dem Stimmzettel als mit dem Sturmgewehr ausgetragen

werden. Den partizipativen Islam mit der Kaida und anderen jihadistischen Gruppen in einen Topf zu werfen, ist nicht nur falsch, sondern auch kontraproduktiv. Gleichzeitig wäre es jedoch genauso falsch und naiv, die islamistischen Parteien als unproblematische Akteure anzusehen, die aus Überzeugung liberalen demokratischen Werten verpflichtet sind. Der Westen muss sich auf sie einlassen und dabei sowohl ideologische Voreingenommenheit als auch Wunschdenken vermeiden.

.....
Lorenzo Vidino forscht mit einem Stipendium der Fritz-Thyssen-Stiftung am Center for Security Studies der ETH Zürich. Aus dem Englischen von Christopher Findlay.